



**TOP Ib Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik  
Allgemeine Aussprache**

**Titel:** Öffentlicher Gesundheitsdienst - immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal

**Entschließungsantrag**

**Von:** Vorstand der Bundesärztekammer

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der 120. Deutsche Ärztetag 2017 fordert die Träger des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Bund, Ländern und Kommunen auf, den ÖGD personell, finanziell und materiell so auszustatten, dass er seinen vielen Aufgaben auch umfassend nachkommen kann. Dazu zählt auch, dass Ärztinnen und Ärzte im ÖGD eine angemessene Vergütung erhalten.

Ferner fordert der 120. Deutsche Ärztetag 2017 die zuständigen Stellen auf, zur Sicherung der vielfältigen Aufgaben und der Nachwuchsförderung Gesundheitsämter unter ärztliche Leitung zu stellen.

**Begründung:**

Der ÖGD hat in der ärztlichen Versorgung der geflüchteten Menschen mit großem Engagement die Bedeutung dieses Bereichs der Gesundheitsversorgung erneut unterstrichen. Gleichzeitig wurde evident, dass dies auf Grund der personellen Unterbesetzungen zu enormen Belastungen geführt hat und andere Aufgaben des ÖGD (z. B. Meldewesen, infektionshygienische Überwachung) zurückgestellt werden mussten.

Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte im ÖGD ist in den letzten 20 Jahren um 33 Prozent zurückgegangen. Allein in Berlin waren 2016 45 von 271 Stellen im ärztlichen Bereich nicht besetzt. Zusätzlich wird es im nächsten Jahrzehnt zu einem massiven Ausscheiden von Amtsleiterinnen/Amtsleitern und weiteren Führungskräften im öffentlichen Gesundheitsdienst kommen. Dies wird die Arbeit der Gesundheitsämter im Bereich der Gesundheitsversorgung der Bürger weiter einschränken.

Die vielen unbesetzten Stellen im ÖGD erfordern endlich Maßnahmen, um die Attraktivität dieses wichtigen Bereichs der Gesundheitsversorgung zu stärken. Der ÖGD muss personell, finanziell und materiell so ausgestattet werden, dass er seinen vielen Aufgaben auch umfassend nachkommen kann.

ANGENOMMEN

Angenommen:  Abgelehnt:  Vorstandsüberweisung:  Entfallen:  Zurückgezogen:  Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



Deutsche Ärztetage und die Gesundheitsministerkonferenzen der Länder haben mehrfach gefordert, mit einer angemessenen Vergütung der Ärztinnen und Ärzte im ÖGD die Grundvoraussetzung für einen zukunftsfähigen ÖGD zu schaffen. Die Arbeitgeber auf kommunaler und Landesebene müssen diesen Forderungen endlich Taten folgen lassen, wenn Sie die Versorgung der Bevölkerung in diesem Bereich nicht gefährden wollen.

Ebenso essentiell ist die obligate Leitung der Gesundheitsämter durch Ärzte oder Ärztinnen. Die zunehmende Tendenz kommunaler Gebietskörperschaften, frühere Gesundheitsämter als „Fachbereiche Gesundheit“ einzustufen, läuft den Anstrengungen zuwider, Fachärztinnen und Fachärzte unter ärztlicher Leitung in Gesundheitsämtern weiterzubilden. Hinzu kommt, dass viele Maßnahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes nur durch Amtsärzte erfolgen dürfen.

ANGENOMMEN